

Policy Brief

Schuldenprobleme sind Verteilungsprobleme



Autoren:

Leonhard Dobusch, Freie Universität Berlin und stiftung neue verantwortung; Fedor Ruhose, SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“, lautet häufig die Begründung für Sparanstrengungen. „Schuldenabbau im Interesse „unserer Kinder“ fordern Konservative wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Sozialdemokraten wie Ex-Finanzminister Peer Steinbrück gleichermaßen. Aber hat die deutsche Gesellschaft in den letzten 20 Jahren seit der Wiedervereinigung tatsächlich über ihre Verhältnisse gelebt? Haben wir in Deutschland ein Schuldenproblem? Und ist Deutschland an der Eurokrise unschuldig? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet: Nein. Im Folgenden wollen wir diese Antwort erläutern und skizzieren, warum dennoch eine Reduktion der Staatsschulden sinnvoll ist. Die Antwort ist klar: Schuldenprobleme verstärken Verteilungsprobleme.

Lebt Deutschland über seine Verhältnisse?

Der staatliche Schuldenstand lag in Deutschland 2007 bei ca. 1,5 Billionen Euro. In der Krise ist er angewachsen und liegt mittlerweile bei ca. 1,7 Billionen Euro. Die absolute Höhe der Schulden verrät zum einen aber nicht, ob eine Gesellschaft überschuldet ist. Es wird oft unterschlagen, dass der Staat über Vermögen verfügt, das nach der jüngsten Studie des DIW (Bach 2010) immer noch höher ist als der Schuldenstand. Zum anderen kam es erst nach dem Ausbruch der von den Finanzmärkten ausgelösten Krise zu einem Anstieg der Staats-

schulden. Hinzu kommt, dass wir unseren Kindern ja nicht nur die staatlichen Schulden hinterlassen, sondern vor allem das, was man als Generationenerbschaft (Hauser 2004) bezeichnet – unsere Ersparnisse, mehr oder weniger intakte Infrastruktur. Diese Ersparnisse sind beträchtlich. So verfügten die privaten Haushalte bei der letzten diesbezüglichen Untersuchung 2009 über ein Nettovermögen – also abzüglich aller Schulden – von 7,4 Billionen Euro. Dieser Umstand ist nicht verwunderlich: Schulden der einen sind immer Guthaben der anderen (siehe auch Abbildung 1).

So lautet das Fazit des Autors der DIW-Studie, Stefan Bach, auch, dass „die häufig beschworene intergenerative Belastung durch die Staatsverschuldung in Deutschland kein Problem ist“. Deutschland hat demnach also kein gesamtgesellschaftliches Schuldenproblem, sondern wenn, dann ein Staatsschuldenproblem. Staatsschuldenprobleme sind aber vor allem Verteilungsprobleme.

Schuldenbedingtes Verteilungsproblem

Denn die aus Staatsschulden resultierenden Zinserträge verteilen sich äußerst ungleich. 20 Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als 80 Prozent des Gesamtvermögens, während 60 Prozent gemeinsam weniger als 3 Prozent des

Gesamtvermögens besitzen (Frick und Grabka 2009 bzw. Abbildung 2). Ein wesentlicher Teil des Vermögens der Besitzenden sind nun Staatsanleihen. Die obersten 20 Prozent erhalten deshalb auch den mit Abstand größten Anteil staatlicher Zinszahlungen. Gleichzeitig schränken steigende Zinszahlungen die Handlungsfähigkeit des Bundes und der Länder ein. Streeck (2010) weist zum Beispiel darauf hin, dass die 2005 geleisteten Zinszahlungen des Bundes etwa dem Haushaltsdefizit entsprachen. Kurz: Sämtliche neuen Schulden begleichen lediglich die Zinsen der Altschulden. Dies hat zur Folge, dass staatliches Handeln gerade in den Bereichen eingeschränkt wird, die Ungleichverteilungen der Markteinkommen entgegenwirken können.

Diese Ungleichverteilung wird in Deutschland zudem weder durch Vermögenssteuern noch durch die progressive Gestaltung der Einkommenssteuer ausgeglichen. Aus vermögensbezogenen Steuern werden in Deutschland im OECD-Vergleich kaum nennenswerte Einnahmen erzielt (OECD 2008). Und die progressive Einkommenssteuer macht nicht einmal ein Drittel des gesamten Steuer- und Abgabenvolumens aus. Der größte Block sind hier indirekte Steuern wie Mehrwert- und Energiesteuern, die tendenziell degressiv wirken: Sie belasten Einkommensschwache verhältnismäßig stärker als Menschen mit höheren Einkommen (Beimann et al. 2011).

Im Ergebnis führt diese Struktur des deutschen Steuersystems dazu, dass auf der Einnahmenseite kaum umverteilt wird, sondern nur ausgabenseitig über Transfer- und Infrastrukturleistungen. Wer also die Staatsschulden vordringlich aus-

gabenseitig zu reduzieren sucht, verringert damit zwar das schuldenbedingte Verteilungsproblem, schafft gleichzeitig aber andere, möglicherweise noch problematischere Verteilungsprobleme – schlechtere Gesundheitsvorsorge, schlechtere Bildungseinrichtungen, schlechtere Daseinsvorsorge inklusive. Der Wohlfahrtsstaat ist das „Vermögen der Besitzlosen“. In den vergangenen Jahren hat aber genau diese Entwicklung eines schleichenden Rückbaus des Wohlfahrtsstaates zur Aufteilung der Gesellschaft in „Chancenklassen“ (Meyer 2007) geführt. Diese treten neben die Besitzklassen. Solche Klassenbildung entsteht, da es unterschiedliche Zugänge zu den elementaren Lebenschancen bei Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge und Vermögensverteilung gibt (vgl. dazu Ruhose und Stich 2010).

Deine Schulden, meine Guthaben

Aber wenn Deutschland nicht über seine Verhältnisse gelebt hat, wie ist die Situation in den anderen europäischen, insbesondere den sogenannten Krisenländern? Es ist tatsächlich so, dass ein Land wie Griechenland nicht „nur“ Staatsschuldenprobleme, sondern auch volkswirtschaftliche Schuldenprobleme hat. Über ihre Verhältnisse lebt eine Volkswirtschaft nämlich dann, wenn sie mehr konsumiert als produziert und sich dafür beim Ausland verschuldet. Das ist bei Griechenland seit längerem der Fall.

Für Deutschland gilt das Gegenteil. Es ist nicht beim Ausland verschuldet, sondern einer der größten Nettogläubiger der Welt. Deutschland produziert seit Jahren mehr, als es consu-

2

Abbildung 1

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz

(Stand 2009; Quelle DIW/Bach 2010)

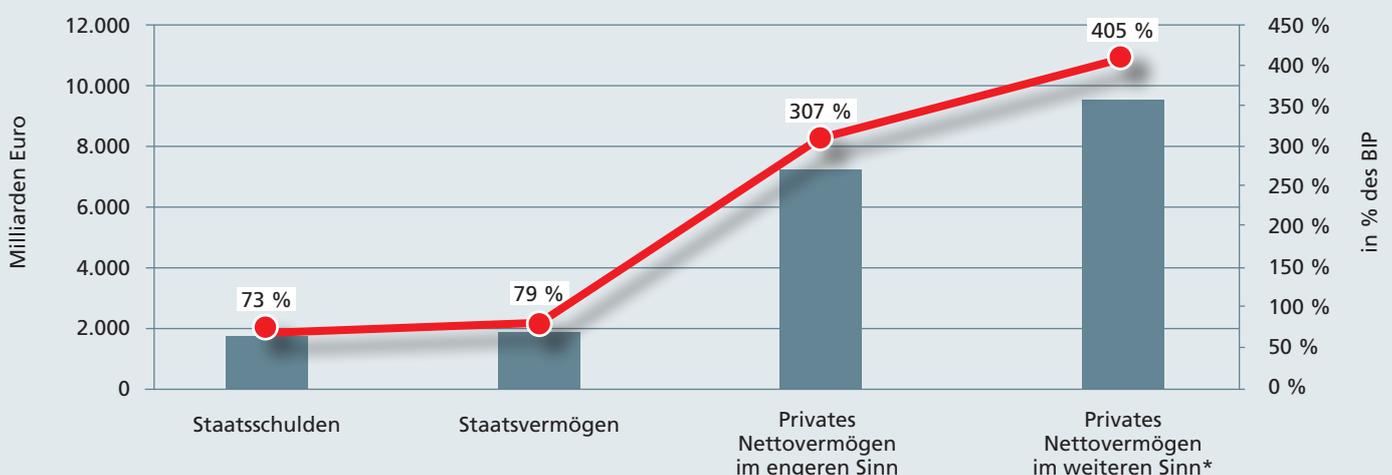


Abbildung 1:

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Staatsschulden, Staatsvermögen sowie privates Nettovermögen;

* inkl. Pensionsrückstellungen, Versicherungsguthaben etc. (vgl. Bach 2010)

miert, und exportiert die Differenz in Form von Leistungsbilanzüberschüssen. Zwischen Staaten gilt aber das Gleiche wie zwischen den Sektoren Staat, Wirtschaft und Privathaushalte: Die Überschüsse der einen sind die Defizite der anderen. Deutschland konnte im letzten Jahrzehnt nur deshalb mehr exportieren als importieren, weil andere Länder sich verschuldet haben.

Helmut Schmidt hat genau das in seiner Rede auf dem Bundesparteitag der SPD 2011 als „schwerwiegende Fehlentwicklung“ bezeichnet: „[A]lle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen. Die Forderungen, die wir an andere haben, sind deren Schulden.“

Im europäischen Kontext hat Deutschland also nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen gelebt. Die Löhne sind seit Mitte der 1990er Jahre weit hinter den jährlichen Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben (Deggerich et al. 2007). Die unteren Einkommensschichten mussten sogar Reallohnverluste hinnehmen. Die auf diese Weise gewonnenen Wettbewerbsvorteile sind aber nicht nachhaltig – sie können es aufgrund der auf diese Weise entstehenden Leistungsbilanzungleichgewichte auch nicht sein. Vor Beginn der Währungsunion führten die deutschen Handelsüberschüsse zur Aufwertung der D-Mark und so zu einer relativen Verschlechterung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit. Die Ungleichgewichte wurden also abgebaut. Seit Einführung des Euro fehlt jedoch dieses Ventil. Die aktuelle Eurokrise ist deshalb auch wesentlich auf die deutsche Lohnzurückhaltung zurückzuführen.

Einen Beitrag zur Stabilität der europäischen Währung und gleichzeitig zur Reduktion von Staatsschulden würde deshalb eine kombinierte Politik von Lohnsteigerungen – insbesondere für untere und mittlere Einkommen – und Steuererhöhungen – insbesondere für Vermögende und Spitzenverdiener – leisten. Das Schöne daran: Es wäre nicht nur wirtschaftlich vernünftig. Es wäre auch (verteilungs)gerecht.

Fazit:
Die Verteilungsfrage neu gestellt

Die aus der derzeitigen ökonomischen Situation resultierenden gesellschaftlichen Herausforderungen erfordern eine gesellschaftliche Diskussion über eine langfristige Strategie, wie sie oben skizziert wird. In seinem aktuellen Buch wundert sich der britische Soziologe Colin Crouch über „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011). Und tatsächlich ist nicht zu erkennen, dass die Regierungen einen solchen Politikwechsel vollziehen.

Eine Politik, die durch Umverteilung Vermögenskonzentrationen abbaut, würde die Gefahr reduzieren, dass es zu erneuten Krisen kommt (Rajan 2010). Gleichzeitig schafft sie den notwendigen Konsolidierungsspielraum, der notwendig ist, um die ungerechte Staatsverschuldung zu reduzieren.

Und dennoch ist nicht absehbar, dass es zu einem Wandel in der Politik kommt. Der „Finanzstaatsstreich“ (Harvey 2009) hat dazu geführt, dass der Staat für die Verursacher der Finanzmarkt-

Individuelles¹ Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007
Anteil am Gesamtvermögen in Prozent

Abbildung 2

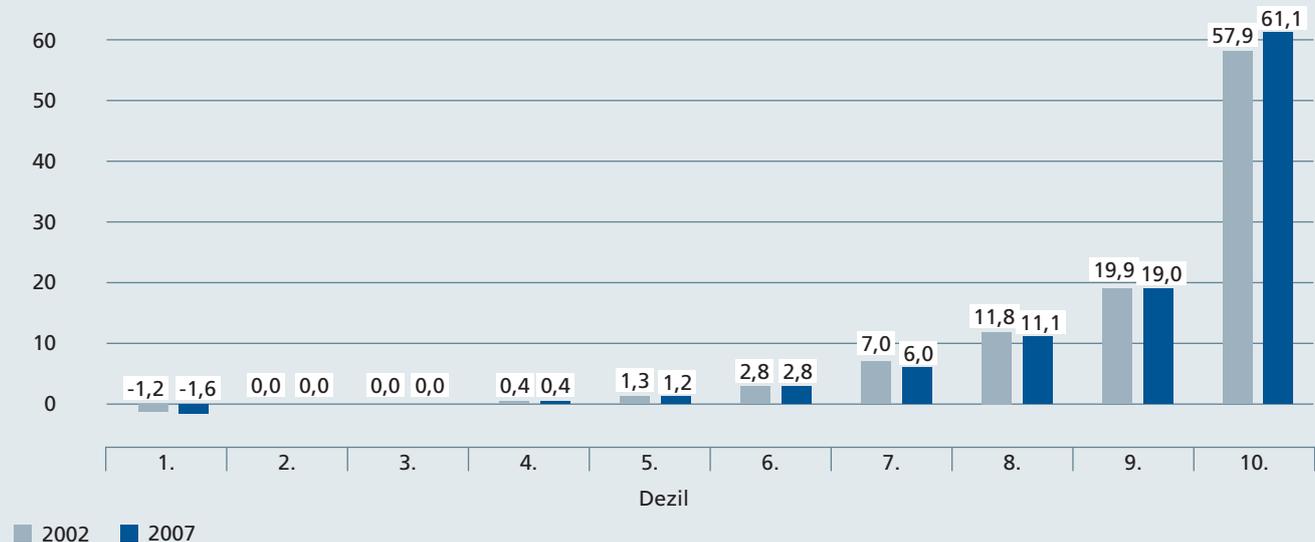


Abbildung 2: Individuelles Nettovermögen in Deutschland 2002 und 2007 (Quelle: Frick und Grabka 2009: 59)

¹ Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin

krise, für Banken und Finanzinstitutionen, eingesprungen ist. In populistischer Erwartung signalisieren viele konservativ geführte Regierungen im Euroraum nun die Bereitschaft, endlich beispielsweise eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Ein Placebo, von dem noch nicht einmal sicher ist, dass es eingeführt wird. Placebo deshalb, weil der Beitrag der Krisenverursacher durch dieses singuläre Instrument gering ausfallen wird. Eine umfassende Politik für mehr Gerechtigkeit gelingt nur, wenn das befremdliche Überleben des Neoliberalismus durch gegenhegemoniale Praxen (Mouffe 2007) herausgefordert wird.

Hier kann beim konservativ-liberalen Lager beobachtet werden, wie mittels entsprechender Think-Tanks öffentliche Meinung erzeugt werden kann. Publikationen, Symposien und das zunehmende Politainment haben unseren „sozialen Grundkonsens“ (Mielke 2010) unterwandert. Mit einer umfassenden progressiven Gegenstrategie muss die Verteilungsfrage neu gestellt werden. Es gilt zu überzeugen – aus Gründen der ökonomischen Vernunft und der gesellschaftlichen Verantwortung. Die im Aufbau begriffene Think-Tank-„Infrastruktur“ progressiver und sozial-ökologischer Akteure in Deutschland kann in Ergänzung zu den bewährten Institutionen der sozialen Demokratie gewiss Schlagkraft entfalten. Zudem kann die neu gestellte Verteilungsfrage altgediente

gesellschaftliche Bündnisse progressiver Politik mit den „Vorfeldorganisationen“ der sozialen Demokratie und den Gewerkschaften erneuern und wieder zusammenführen.

Diese Form politischer Organisierung ist nicht zuletzt auch deshalb notwendig, weil der Mainstream ökonomisch-universitärer Forschung den hier ausgeführten Argumenten nur wenig aufgeschlossen gegenübersteht (vgl. zu den Gründen dafür Dobusch und Kapeller 2009). So wird es auch außeruniversitärer Mobilisierung bedürfen, um jenen Politikan-sätzen zum Durchbruch zu verhelfen, die aufgrund unserer Analyse dringend geboten scheinen: eine verteilungsgerechte Reduzierung der Staatsschulden durch einnahmenseitige Strategien – über höhere vermögensbezogene Steuern oder die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Kombiniert mit konsequentem Vorgehen gegen Steuerflucht und Steueroasen kann dies nicht nur Ungerechtigkeiten beseitigen, sondern auch zur Schuldenreduktion beitragen. Diese Maßnahmen hätten den geringsten negativen Effekt auf die aggregierte Nachfrage, weil sich bei Wohlhabenderen Steuererhöhungen nicht unmittelbar auf den Konsum auswirken, sondern zumindest teilweise zu einer Reduktion der Sparquote führen. Gerade in der Krise ist das ein entscheidender Aspekt von Konsolidierungsmaßnahmen (vgl. dazu auch Schieritz 2011). 

Literatur

Bach, Stefan (2010): Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz: Öffentliche Armut, privater Reichtum. Wochenbericht des DIW, Nr. 50, online: <http://www.theonussbaum.de/text/wochenberichtNr.50-2010.pdf>.

Beimann, Boris/Kambeck, Rainer/Kasten, Tanja/Siemers, Lars-H. (2011): Wer trägt den Staat? Eine Analyse von Steuer und Abgabenlasten. RWI Position Nr. 43, online: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-positionen/Pos_043_Wer-traegt-den-Staat.pdf.

Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp.

Dobusch, Leonhard/Kapeller, Jakob (2009): Diskutieren und Zitieren: Zur paradigmatischen Konstellation aktueller ökonomischer Theorie. In: Intervention, Heft 2, Preprint online: [http://www.dobusch.net/pub/uni/Dobusch-Kapeller\(2009\)Intervention_Forumbeitrag-WP.pdf](http://www.dobusch.net/pub/uni/Dobusch-Kapeller(2009)Intervention_Forumbeitrag-WP.pdf).

Deggerich, Markus/Feldenkirchen, Markus/Hawranek, Dietmar/Kurbjuweit, Dirk/Nagel, Lars-Marten/Neubacher, Alexander/Reiermann, Christian/Sauga, Michael (2007): Der große Graben. In: Der Spiegel, Nr. 51, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-54683163.html>.

Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW, Nr. 4, online: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf>.

Harvey, David (2009): Der Finanzstaatsstreik. Ihre Krise, unsere Haftung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Ausgabe 7/09, S. 37–47.

Hauser, Richard (2004): Generationengerechtigkeit, Volksvermögen und Vererbung. In: Burmeister, Kai/Böhning, Björn (Hrsg.): Generationen & Gerechtigkeit. Hamburg: VSA.

Meyer, Thomas (2007): Kapitalismuskritik und Soziale Modernisierung. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/2007, S. 4–9.

Mielke, Gerd (2010): Politik gegen den Grundkonsens. Online: <http://www.badische-zeitung.de/kommentare-1/politik-gegen-den-grundkonsens--28762925.html>.

Mouffe, Chantal (2007): Und jetzt, Frau Mouffe? In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda. Frankfurt: Suhrkamp, S. 105–127.

OECD (2008): Aufkommen Vermögensbezogener Steuern. Online: http://www.oecd.org/document/29/0,3746,de_34968570_39907066_42147613_1_1_1_1,00.html.

Rajan, Raghuram G. (2010): Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy. Princeton: Princeton University Press.

Ruhose, Fedor/Stich, Daniel (2010): SPD, Aufgabe gestellt! Online: http://www.progressives-zentrum.org/dpz.php/cat/85/aid/793/start/45/title/SPD_Aufgabe_gestellt!

Schieritz, Mark (2011): Steuern hoch oder Ausgaben runter? Online: http://blog.zeit.de/herdentrieb/2011/12/10/steuern-hoch-oder-ausgaben-runter_3980.

Streeck, Wolfgang (2010): Noch so ein Sieg, und wir sind verloren. Der Nationalstaat nach der Finanzkrise. In: Leviathan 38, S. 159–173.

Impressum

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

Gesprächskreis
Junge Soziale Demokratie

Policy Brief II, Stand der Information: Februar 2012

Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Hiroshimastr. 17
D-10785 Berlin
Telefon: 030 - 26935-7143
Tobias.Moerschel@fes.de
Christian.Krell@fes.de
Internet: www.fes.de

